

CHRISTIAN WESTERHOFF

REKRUTIERUNG UND BESCHÄFTIGUNG JÜDISCHER ARBEITSKRÄFTE IM BESETZTEN POLEN UND LITAUEN WÄHREND DES ERSTEN WELTKRIEGS*

„Während man oft von den Deportationen belgischer Arbeiter nach Deutschland zum Zwecke der Durchführung des Hindenburgprogramms gehört hat, ist von dem analogen Falle im Osten verhältnismäßig wenig gesprochen worden.“¹

Während des Zweiten Weltkriegs mussten Juden in Ostmitteleuropa nicht zum ersten Mal für eine deutsche Besatzungsmacht und deutsche Auftraggeber arbeiten. Es liegt also nahe, nach möglichen Vorbildern während des Ersten Weltkriegs zu suchen, als schon einmal Okkupanten über die Arbeitskraft der jüdischen Bevölkerung in Polen und Litauen verfügten. Wie sah deren Arbeit unter dieser ersten deutschen Besatzungsherrschaft aus? War die Bevölkerung Polens und Litauens generell bereits während der Jahre 1914 bis 1918 Zwangsarbeit ausgesetzt? Inwieweit war davon auch die jüdische Bevölkerung betroffen? Lässt sich bereits zu dieser Zeit ein ausgeprägter Antisemitismus der deutschen Besatzer feststellen und wenn ja, welche Folgen hatte er? Und schließlich: Bildeten Ideen und Praktiken aus der Zeit der „Urkatastrophe des Zwanzigsten Jahrhunderts“² sogar eine Art Vorläufer für den Zweiten Weltkrieg? Diesen Fragen soll im Folgenden nachgegangen werden.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die deutsche Arbeitskräftepolitik in Osteuropa während des Ersten Weltkriegs wesentlich weniger erforscht

* Für Korrekturen und Anmerkungen danke ich Katja Rottmann, Jürgen Hensel und Stephan Lehnstaedt.

¹ LEON SKLARZ, Geschichte und Organisation der Ostjudenhilfe in Deutschland seit dem Jahre 1914, Berlin 1927, S. 28.

² ERNST SCHULIN, Die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, in: Der Erste Weltkrieg. Wirkung – Wahrnehmung – Analyse, hg. v. WOLFGANG MICHALKA, München 1994, S. 3-27, nach der Formulierung von George F. Kennan „great seminal catastrophe of this century“.

ist³ als diejenige zur Zeit des Zweiten Weltkriegs. Zum Verhältnis von deutscher Besatzungsmacht und osteuropäischen Juden und zur Lage jüdischer Arbeitskräfte aus Osteuropa in den Jahren 1914 bis 1918 ist aber mittlerweile eine Reihe von Publikationen erschienen.⁴ Erst seit kurzem liegt eine umfassende Überblicksdarstellung der deutschen Arbeitskräfte- und Besatzungspolitik im besetzten Polen und Litauen während des Ersten Weltkriegs vor.⁵

Die Quellenlage ist dadurch gekennzeichnet, dass 1945 ein äußerst wichtiger Bestand – die Akten des preußischen Kriegsministeriums – durch einen Bombentreffer fast völlig vernichtet wurde. Dieser Bestand umfasste auch das Schriftgut der Besatzungsverwaltungen im Generalgouvernement Warschau (Polen) und Ober Ost (Litauen). Umso notwendiger ist es, auf alternative Überlieferungen zurückzugreifen, die glücklicherweise vorhanden sind; denn gerade zum Schicksal der jüdischen Arbeitskräfte liegen verhältnismäßig viele Quellen vor. Dies hat seine Ursache nicht zuletzt darin, dass es in der jüdischen Bevölkerung einen höheren Alphabetisierungsgrad gab als in den anderen Bevölkerungsgruppen der besetzten

³ Siehe z. B. VEJAS GABRIEL LIULEVICIUS, *Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonialisierung und Militärrherrschaft im Ersten Weltkrieg*, Hamburg 2002, S. 100-104; ABBA STRAZHAS, *Deutsche Ostpolitik im Ersten Weltkrieg. Der Fall Ober Ost 1915–1917*, Wiesbaden 1993, S. 38-42, 201-211.

⁴ JÜRGEN MATTHÄUS, *German Judenpolitik in Lithuania during the First World War*, in: *Leo Baeck Institute Year Book* 43 (1998), S. 155-174; DERS., *Vorboten des Holocaust? Deutschland und die litauischen Juden während des Ersten Weltkrieges*, in: *Judenmord in Litauen. Studien und Dokumente*, hg. v. WOLFGANG BENZ / MARION NEISS, Berlin 1999, S. 35-50; FRANK M. SCHUSTER, *Zwischen allen Fronten. Osteuropäische Juden während des Ersten Weltkrieges (1914–1919)*, Köln 2004; LUDGER HEID, *Maloche – nicht Mildtätigkeit. Ostjüdische Arbeiter in Deutschland 1914–1923*, Hildesheim 1995; TRUDE MAURER, *Ostjuden in Deutschland 1918-1933*, Hamburg 1986, S. 11-62; ZOSA SZAJKOWSKI, *East European Jewish Workers in Germany during World War I*, in: *Salo Wittmayer Baron. Jubilee Volume on the Occasion of his 80th Birthday*, hg. v. SAUL LIEBERMANN, Jerusalem 1974, S. 887-918; ULRICH HERBERT, *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*, Bonn 2003, S. 99-103; JOCHEN OLTMER, *Migration und Politik in der Weimarer Republik*, Osnabrück 2005, S. 221-237; EGMONT ZEHLIN, *Die deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg*, Göttingen 1969.

⁵ CHRISTIAN WESTERHOFF, *Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg. Deutsche Arbeitskräfte- und Besatzungspolitik im besetzten Polen und Litauen 1914–1918*, Paderborn 2012. An einem Vergleich der Wirtschaftspolitik in Polen unter deutscher und österreichischer Besatzung im Ersten und Zweiten Weltkrieg, der auch auf die Arbeitskräftepolitik eingeht, arbeitet derzeit Stephan Lehnstaedt. Für erste Ergebnisse dieser Forschungen siehe STEPHAN LEHNSTAEDT, *Das Militärgeneralgouvernement Lublin. Die „Nutzbarmachung“ Polens durch Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg*, in: *ZfO* 61 (2012), S. 1-26.

Gebiete.⁶ Außerdem berichteten jüdische Organisationen in Deutschland über die Lage ihrer Glaubensgenossen.

Im Folgenden sollen zunächst die Ausgangsbedingungen für die Rekrutierung und Beschäftigung jüdischer Arbeitskräfte im besetzten Polen und Litauen während des Ersten Weltkriegs dargestellt werden, d. h. die Migrationsregime in der Region vor 1914 und die wirtschaftliche und soziale Lage der jüdischen Bevölkerung vor und nach Kriegsausbruch. Anschließend werden die Entwicklungslinien, Bestimmungsfaktoren und Auswirkungen der deutschen Arbeitskräftepolitik analysiert. Schließlich wird der Frage nachgegangen, inwieweit die deutsche Arbeitskräftepolitik im Ersten Weltkrieg als ‚Probelauf‘ für diejenige im Zweiten Weltkrieg gelten kann.

Die wirtschaftliche und soziale Lage der jüdischen Bevölkerung in Polen und Litauen vor und nach Kriegsausbruch 1914

Von großer Bedeutung für die Arbeitsverhältnisse in Polen und Litauen, die im Jahr 1914 ganz überwiegend Teile des Russischen Reiches waren, sowie für die deutsche Arbeitskräftepolitik in dieser Region, waren die Migrationsregime, die sich in den vorangegangenen Jahrzehnten herausgebildet hatten.⁷ Während in Russisch-Polen Unterbeschäftigung und niedrige Löhne herrschten, existierte im Deutschen Reich aufgrund von Industrialisierung und Landflucht „Leutenot“ in Landwirtschaft und Industrie. Als Folge davon wanderten seit dem Einsetzen der Hochkonjunktur in den 1890er Jahren alljährlich hunderttausende polnische Saisonarbeitskräfte nach Deutschland, um dort vor allem in der Landwirtschaft zu arbeiten. Um eine dauerhafte Ansiedlung dieser als ‚Reichsfeinde‘ betrachteten ‚billigen und willigen‘ Arbeitskräfte zu verhindern, zwangen die preußischen Behörden sie jedes Jahr, nach Beendigung der Ernte wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Für die Landbevölkerung Russisch-Polens wurde die Saisonarbeit in Deutschland zu einer wichtigen Erwerbsquelle, was allerdings mit zahlreichen Diskriminierungen und Härten verbunden war. In Preußen wiederum stellten Behörden und Publizisten erschrocken fest, wie sehr die Landwirtschaft mittlerweile von der Arbeit der ungeliebten pol-

⁶ Dass der Anteil an Analphabeten unter den anderen Bevölkerungsgruppen zum Teil wesentlich höher lag, lässt sich unter anderem daran ablesen, dass litauische Arbeitskräfte ihre Lohnauszahlung zum Teil mit drei Kreuzen bestätigten. Siehe z. B. Lietuvos Centrinis Valstybinis Istorijos Archyvas (Litauisches Historisches Staatsarchiv, LCVIA), F. 641, ap. 1, Nr. 474. Kreisverwaltung Telsche (Litauen), Liste der Arbeiter beim Hafertransport mit der Autokolonne am 18.2.1917.

⁷ Zu Migrationsregimen siehe JOCHEN OLTMER, Einführung: Europäische Migrationsverhältnisse und Migrationsregime in der Neuzeit, in: *Geschichte und Gesellschaft* 35 (2009), S. 5-27.

nischen Arbeitskräfte abhängig war.⁸ Auch osteuropäische Juden kamen während des Kaiserreichs in großer Zahl nach Deutschland. Die meisten von ihnen blieben jedoch nicht im Reich, sondern nutzen Deutschland nur als Durchgangsstation für die Auswanderung in die USA. Hierzu trug bei, dass die preußischen Behörden bestrebt waren, mittels einer Transitkontrollpolitik dafür zu sorgen, dass sich die ‚Durchwanderer‘ nicht in Deutschland niederließen. Darüber hinaus untersagten Erlasse vom 26. November 1890 und 23. Dezember 1905 in Preußen die Anwerbung jüdischer Arbeitskräfte aus dem Russischen Reich. Ausgangspunkt für diese Politik war die antisemitische Furcht vor einer angeblichen ostjüdischen Masseneinwanderung.⁹

Die Ausgangsgebiete der Saisonwanderung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte nach Deutschland bildeten im Wesentlichen Russisch-Polen und das österreichische Galizien. Litauen dagegen spielte in diesem Zusammenhang kaum eine Rolle. Ursache hierfür war, dass es in Russisch-Polen eine sehr hohe Bevölkerungsdichte gab, während Litauen eher dünn besiedelt war. Große Teile der ländlichen Bevölkerung in Russisch-Polen besaßen entweder kein eigenes Land oder aber die landwirtschaftlichen Flächen waren so gering, dass die Besitzer nicht von ihnen leben konnten. Während Litauen ganz überwiegend landwirtschaftlich geprägt war, hatte es in Russisch-Polen in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg eine gewisse Industrialisierung gegeben. Die hierdurch entstandenen Arbeitsplätze in der Industrie und im Bergbau reichten aber nicht aus, um dem ländlichen Proletariat ausreichend Beschäftigung zu bieten.¹⁰

Die jüdische Bevölkerung, die je nach Region zwischen 12 und 20 Prozent der Bevölkerung ausmachte, nahm in Polen wie auch in Litauen eine Sonderstellung ein. Sie lebte vor allem in den Städten, wo sie vielfach einen Großteil der Bevölkerung stellte und teilweise – wie z.B. in Białystok und Grodno – sogar in der Mehrheit war.¹¹ Bedingt durch traditionelle Vorschriften und Gebräuche war sie vor allem im Handwerk und Handel tätig. In Litauen nahmen die Juden in diesen Berufen eine dominante Rolle ein. Einen auskömmlichen Unterhalt konnten diese Tätigkeitsfelder der

⁸ Noch immer maßgeblich: KLAUS J. BADE, „Preußengänger“ und „Abwehrpolitik“. Ausländerbeschäftigung, Ausländerpolitik und Ausländerkontrolle auf dem Arbeitsmarkt in Preußen vor dem Ersten Weltkrieg, in: AfS 24 (1984), S. 91-162.

⁹ OLTMER, Weimarer Republik, S. 221-231.

¹⁰ WESTERHOFF, Zwangsarbeit, S. 53-86.

¹¹ Geheimes Staatsarchiv preußischer Kulturbesitz, Berlin (GStA), Rep. 90, Nr. 32465. 2. Bericht über die Einrichtung und Fortentwicklung der Verwaltung Wilna für das 1. Vierteljahr 1916; ebd., 2. Verwaltungsbericht (VB) der Verwaltung bei der Etappen-Inspektion der 9. Armee, April 1916.

gesamten jüdischen Bevölkerung jedoch nicht bieten, und in Industrie, Bergbau und Landwirtschaft war sie nur in sehr geringem Ausmaß vertreten. Die Mehrheit der Juden, die zudem zahlreichen sozialen und politischen Diskriminierungen ausgesetzt war, lebte daher in Armut.¹² Diese Armut sollte sich mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs und der deutschen Besatzung noch wesentlich vergrößern.

Abbildung 1: Die deutschen Besatzungsgebiete auf dem Territorium des Russischen Reiches 1915–1917¹³



¹² JULIUS HIRSCH, Wirtschaftliche Verhältnisse der brachliegenden ostjüdischen Arbeitskräfte, in: Neue Jüdische Monatshefte 1 (1916/17), S. 8–12; Die litauischen Juden, in: Süddeutsche Monatshefte, Februar 1916, S. 830, 832.

¹³ Für die Erstellung dieser Karte danke ich Christoph Reichel, Universität Osnabrück.

Nachdem es deutschen Truppen im Gefolge der Schlachten bei Tannenberg und an den Masurischen Seen (1914) gelungen war, die Bedrohung der eigenen Ostgrenze durch die russische Armee abzuwenden, besetzte die deutsche Armee bis zum Herbst 1915 – neben Belgien und Teilen Nordfrankreichs, die bereits 1914 erobert worden waren – Litauen, Teile Lettlands sowie den nördlichen Teil Russisch-Polens. In Russisch-Polen wurde das so genannte Generalgouvernement Warschau (GGW) eingerichtet, das eine Zivilverwaltung unter Generalgouverneur Hans Hartwig von Beseler und Verwaltungschef Wolfgang von Kries erhielt. Demgegenüber entstand in den besetzten Gebieten des Baltikums, die als Verwaltungsgebiet „Ober Ost“ zusammengefasst wurden, eine reine Militärverwaltung unter Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff (siehe Abbildung 1, S.37).

Bereits der Kriegsausbruch hatte die jüdische Bevölkerung durch Versorgungsengpässe in eine schwierige wirtschaftliche und soziale Lage gebracht. Fluchtbewegungen und die massenhafte Deportation von Juden ins Innere Russlands im Zuge des Rückzugs der russischen Armee trugen zusätzlich dazu bei, das jüdische Wirtschaftsleben im GGW und in Ober Ost zu zerrütten. Noch wesentlich verschlimmert aber wurde die Situation infolge der deutschen Besatzung: Handwerk und Handel wurden von der Rohstoffzufuhr und ihren traditionellen Absatzmärkten im Innern Russlands abgeschnitten. In Litauen versuchte Verwaltungschef Franz Joseph von Isenburg-Birstein sogar dezidiert, die Juden aus dem Handel zu verdrängen.¹⁴ Mit der Krise von Handel und Handwerk aber verlor die jüdische Bevölkerung ihre Haupteinverdienungsquelle. Arbeitslosigkeit und Verelendung griffen massiv um sich. Versorgungsschwierigkeiten und Preissteigerungen trugen außerdem dazu bei, dass sich Hunger und Krankheiten ausbreiteten. Durch den Niedergang der Industrie befand sich zwar auch die polnische Bevölkerung in Russisch-Polen in einer schwierigen Situation. Viele polnische Industriearbeiter suchten sich aber eine Beschäftigung bei Verwandten in der Landwirtschaft, eine Möglichkeit, die der jüdischen Bevölkerung nicht offen stand.¹⁵

Anwerbung und Beschäftigung in den besetzten Gebieten, Frühjahr 1915 bis Herbst 1916

Während sich in den Städten Ober Osts und vor allem des GGW nach Kriegsausbruch Arbeitslosigkeit ausbreitete, wurde aus der ‚Leutenot‘ in

¹⁴ MATTHÄUS, *Vorboten des Holocaust?*, S. 44.

¹⁵ Siehe z.B. SCHUSTER, *Zwischen allen Fronten*, S. 308-313; HIRSCH, *Wirtschaftliche Verhältnisse*, S. 8 f.

Deutschland infolge der Einberufung von Millionen deutscher Männer zur Armee und des Übergangs zur industrialisierten Kriegführung ein eklatanter Arbeitskräftemangel, der ein großes Problem für die Kriegswirtschaft darstellte. Ein Weg, diesem Arbeitskräftemangel zu begegnen, war die Anwerbung von Arbeitskräften in den besetzten Gebieten. Im GGW versuchten die dortige Zivilverwaltung sowie die halbamtliche Deutsche Arbeiterzentrale, an die Tradition der Saisonwanderung anzuknüpfen und möglichst viele Arbeitskräfte für die Arbeit in Deutschland anzuwerben. Auch in Ober Ost wurden Arbeitskräfte angeworben. Aufgrund der dünneren Besiedlung, der geringeren Arbeitslosigkeit, der schwächer ausgeprägten Tradition der Saisonwanderung und dem großen Bedarf der deutschen Militärverwaltung vor Ort blieben die Anwerbungszahlen jedoch weit hinter denjenigen im GGW zurück. So gingen während des Kriegs insgesamt mindestens 220.000 Personen aus dem GGW zur Arbeit ins Reich – zusätzlich zu den ca. 300.000 Saisonarbeitskräften, die bereits 1914 nach Deutschland gegangen waren und dort seit Kriegsausbruch festgehalten wurden. In Ober Ost und den südlich angrenzenden Etappengebieten wurden laut der Deutschen Arbeiterzentrale hingegen lediglich rund 34.000 Arbeitskräfte angeworben – bei einer Bevölkerung, die mit ca. drei Millionen Einwohnern in etwa halb so groß war wie diejenige des GGW.¹⁶

Um den Anreiz für eine ‚freiwillige‘ Arbeitsaufnahme in Deutschland zu erhöhen, wurde die wirtschaftliche Krise im Besatzungsgebiet durch Betriebsschließungen gezielt weiter verschärft. Auf die Anwendung von außerökonomischem Zwang bei der Rekrutierung wurde zu diesem Zeitpunkt noch weitgehend verzichtet. Allerdings durften die Arbeitskräfte, einmal an ihrem Arbeitsplatz in Deutschland angekommen, diesen nicht mehr verlassen. Sie waren nicht in der Lage, ihren Arbeitsvertrag zu kündigen, und es war ihnen untersagt, für die Dauer des Kriegs in ihre Heimat zurückzukehren. Es handelte sich also – sofern den Betroffenen die Vertragsbedingungen im Vorfeld bekannt waren – um eine Art „freiwilligen“ Eintritt in die Zwangsarbeit. In Anbetracht des Elends in der Heimat erschien dies vielfach als das kleinere Übel.¹⁷

In diese Anwerbung wurden in immer stärkerem Maße auch jüdische Arbeitskräfte einbezogen. Die bisherigen Beschränkungen für ihre Anwerbung und Beschäftigung wurden stetig weniger, so dass während des Kriegs insgesamt ca. 30.000 jüdische Arbeitskräfte aus dem GGW und Ober Ost

¹⁶ WESTERHOFF, Zwangsarbeit, S. 87-129, 247-272.

¹⁷ HERBERT, Geschichte der Ausländerpolitik, S. 91-98; FRIEDRICH ZUNKEL, Die ausländischen Arbeiter in der deutschen Kriegswirtschaftspolitik des Ersten Weltkrieges, in: Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift für Hans Rosenberg zum 65. Geburtstag, hg. v. GERHARD A. RITTER, Berlin 1970, S. 288-295.

nach Deutschland gingen. Die Anwerbung und Beschäftigung jüdischer Arbeitskräfte aus den besetzten russischen Gebieten war jedoch alles andere als unumstritten. Das preußische Kriegsministerium und die Zivilverwaltung des GGW setzten sich vehement für eine maximale Rekrutierung auch der jüdischen Bevölkerung ein, um der arbeitslosen jüdischen Bevölkerung ein Einkommen zu verschaffen, vor allem aber, um der deutschen Kriegswirtschaft dringend benötigte Arbeitskräfte zuzuführen. Das preußische Ministerium des Innern hingegen lehnte die Beschäftigung osteuropäischer Juden aus antisemitischen Beweggründen ab. In den Jahren 1915 bis 1917 konnten sich die Befürworter einer Anwerbung jüdischer Arbeitskräfte unter Hinweis auf die Bedürfnisse der Kriegswirtschaft immer wieder durchsetzen. Sie hatten jedoch mit zahlreichen Beschwerden von deutschen Arbeitgebern zu kämpfen, die den jüdischen Arbeitskräften mangelnde Fähigkeiten und einen fehlenden Willen zur Arbeit in der Industrie und im Bergbau vorwarfen.¹⁸

Nicht nur in Deutschland, sondern auch in den besetzten Gebieten selbst waren Arbeitskräfte in deutschen Diensten tätig – ein Umstand, der von der Forschung bisher fast vollständig ignoriert worden ist. Im GGW trat diese Form der Beschäftigung in ihrer Bedeutung hinter die Anwerbung nach Deutschland zurück. Im März 1916 wurden bei Bahn-, Stellungs-, Straßen-, Brücken- und Forstarbeiten aber immerhin rund 83.000 einheimische Männer beschäftigt.¹⁹ Bei diesen Tätigkeiten handelte es sich zumeist um freie Beschäftigungsverhältnisse ohne Zwangscharakter. Fanden sie in der Nähe des Wohnorts der Arbeitskräfte statt, stellten sie für die Bevölkerung einen möglichen Ausweg aus der Arbeitslosigkeit dar. Bezeichnenderweise kam es vor, dass polnische Arbeitskräfte versuchten, sich solche Stellen zu sichern und die jüdische Bevölkerung auszuschließen.²⁰

In Ober Ost hingegen hatte die Beschäftigung vor Ort – sowohl in Bezug auf die Prioritäten der Militärverwaltung als auch auf den Umfang – einen wesentlich größeren Stellenwert als die Anwerbung nach Deutschland. Die Militärverwaltung verfolgte ambitionierte Ziele zur ökonomischen Ausnutzung des Landes, die eine große Zahl an Arbeitskräften in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Straßen- und Eisenbahnbau erforderten. Diese Arbeitskräfte warb die Militärverwaltung vielfach nicht auf freiwilliger

¹⁸ LOTHAR ELSNER, Zur Haltung der deutschen Regierung gegenüber den sogenannten Ostjuden während des 1. Weltkrieges und in den ersten Nachkriegsjahren, in: *Migrationsforschung* 25 (1991), S. 19-31, bes. S. 21-24; OLTMER, Weimarer Republik, S. 233-236; HEID, Maloche, S. 85-122.

¹⁹ Bundesarchiv Berlin (BAB), R 1501, Nr. 119759. 3. (5.) Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs beim GGW, 1.1.1916–31.3.1916.

²⁰ SZAJKOWSKI, Jewish Workers, S. 902.

Basis an, sondern zog die Bevölkerung zwangsweise zu zahlreichen Tätigkeiten heran. Personen, die sich weigerten, eine ihnen von deutschen Behörden angebotene oder befohlene Arbeit zu verrichten, drohten Geldstrafen bis zu 10.000 Mark oder Freiheitsentzug bis zu fünf Jahren.²¹ Landwirte wurden für nicht geleistete Dienste mit der Beschlagnahmung von Vieh und landwirtschaftlichen Geräten bestraft.²²

Die Ursache hierfür lag zum einen darin, dass Arbeitskräfte nicht in ausreichendem Maße vorhanden waren. Zum anderen aber war die Militärverwaltung auch nicht bereit, ihre Pläne den örtlichen Gegebenheiten anzupassen. So plante zum Beispiel die Forstverwaltung Bialowies einen Holzzabbau, der mehr als zehntausend Beschäftigte erforderte, obwohl in der dünn besiedelten und wenig erschlossenen Gegend keinerlei Infrastruktur für die Versorgung einer solchen Personenzahl vorhanden war. Darüber hinaus wies die Militärverwaltung außerdem einen ausgewiesenen Hang zu Zwangsmaßnahmen im Umgang mit der einheimischen Bevölkerung auf, die sie für unmündig und faul hielt.²³

Die zwangsweise Heranziehung traf grundsätzlich alle Bevölkerungsgruppen in Ober Ost. In der ‚Verfassung‘ von Ober Ost, der Verwaltungsordnung vom 26. Juni 1916, war ausdrücklich festgelegt, dass alle Bevölkerungsgruppen im Verwaltungsgebiet gleich zu behandeln seien.²⁴

Tatsächlich war die jüdische Bevölkerung jedoch besonders von den Zwangsmaßnahmen betroffen. Ausschlaggebend war zum einen die große Arbeitslosigkeit, die die jüdische Bevölkerung ins Visier der Besatzungsbehörden geraten ließ. Eine Rolle spielten allerdings auch antisemitische Beweggründe, vor allem der Vorwurf, dass die Juden mehr noch als die übrige Bevölkerung der besetzten Gebiete ‚arbeitsscheu‘ und ‚schmutzig‘ seien.²⁵

²¹ Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg (BAMA), PHD 8, Nr. 20, Befehls- und Verordnungsblatt des Oberbefehlshabers Ost (BuV), Nr. 34, 26.6.1916, Ziffer 259. Verwaltungsordnung für das Etappengebiet, § 10, § 88, § 90.

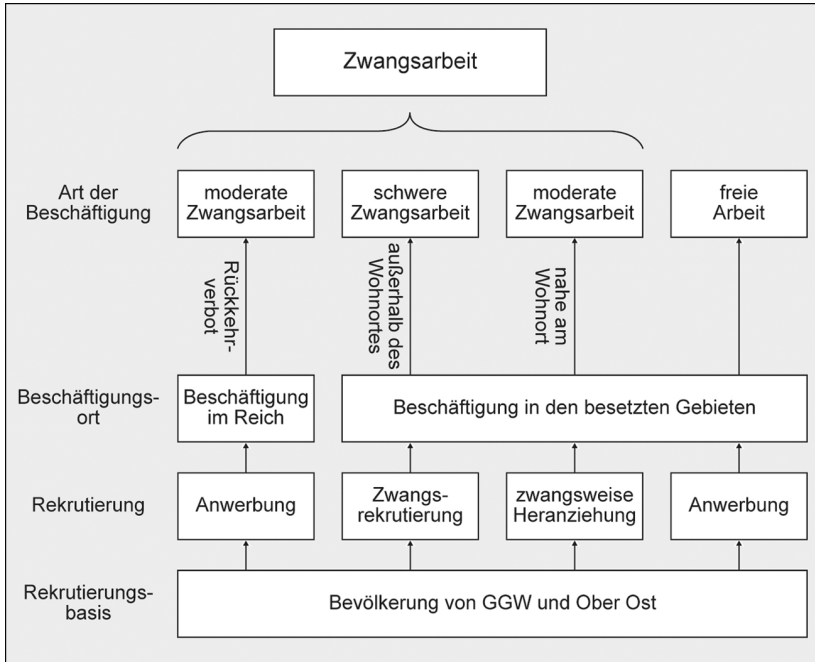
²² PETRAS KLIMAS, Der Werdegang des Litauischen Staates von 1915 bis zur Bildung der provisorischen Regierung im November 1918, Berlin 1919, S. 76 f.

²³ WESTERHOFF, Zwangsarbeit, S. 143-179; LIULEVICIUS, Kriegsland, bes. S. 96-102; MATTHÄUS, German Judenpolitik, S. 159 f. Siehe auch GStA, Rep. 84A, Nr. 6210. VB Litauen, 1.7.1916-30.9.1916.

²⁴ BAMA, PHD 8, Nr. 20, BuV, Nr. 34, 26.6.1916, Ziffer 259, Verwaltungsordnung für das Etappengebiet, § 9.

²⁵ Siehe z. B. MATTHÄUS, German Judenpolitik, S. 163; Bundesarchiv Koblenz (BAK), N 238, Nr. 8. Leutnant Morsbach, Bürgermeister von Schaulen, 27.9.1916.

Abbildung 2: Formen der Rekrutierung und Beschäftigung von Arbeitskräften im GGW und in Ober Ost



Für die Lebens- und Arbeitsbedingungen dieser Zwangsarbeiter war entscheidend, ob sie nur kurzfristig in der Nähe ihres Wohnortes eingesetzt wurden, oder über einen längeren Zeitraum fernab ihres Wohnortes. Denn war die Tätigkeit fernab des Wohnortes zu leisten, konnten sich die Arbeitskräfte nicht selbst versorgen und waren völlig den Besatzungsbehörden ausgeliefert. Dies wiederum führte sehr häufig dazu, dass sie mit einer unzureichenden Ernährung, Bekleidung, Unterkunft und medizinischer Versorgung konfrontiert waren. Bei Beschäftigungen in der Nähe des Wohnortes hingegen verblieben die Arbeitskräfte in ihrem gewohnten Umfeld und konnten sich selbst versorgen.²⁶ Diese Form der Zwangsarbeit kann daher im Vergleich als ‚moderat‘ bezeichnet werden (s. Abbildung 2).

²⁶ Siehe z. B. LCVIA, F. 641, ap. 1, B. 306. VB Kielmy für Februar 1916; ebd., B. 515. VB Wiezajcie, 1.9.1916; ebd., B. 572. VB Kupischki, 11.7.1916; ebd., VB Kupischki, 30.9.1916; JULIUS BERGER, Ostjüdische Arbeiter im Kriege, in: Volk und Land 1 (1919), S. 834 f., 872.

Zwangsmaßnahmen ab Herbst 1916

Obwohl in den Jahren 1914 bis 1916 eine beachtliche Zahl an Arbeitskräften in den besetzten Gebieten angeworben wurde, reichte dies nicht aus, um den enormen deutschen Bedarf zu decken. Hindenburg und insbesondere Ludendorff, die im August 1916 von Ober Ost an die Spitze der Obersten Heeresleitung (OHL) wechselten, gelangten zu der Überzeugung, dass eine ausreichende Versorgung mit Arbeitskräften und damit eine erfolgreiche Fortführung des Kriegs nicht ohne Zwangsmaßnahmen möglich sei. Bereits kurze Zeit nachdem sie ins Machtzentrum des Kaiserreichs vorgedrungen waren, forderten sie daher die Verwaltungen der besetzten Gebiete auf, Zwangsrekrutierungen durchzuführen, um auf diesem Wege die notwendigen Arbeitskräfte nach Deutschland zu schaffen. Im Visier standen dabei männliche Arbeitslose, die Unterstützungsleistungen in Anspruch nahmen, obwohl sie arbeitsfähig waren, und denen man in Deutschland oder bei den deutschen Behörden im besetzten Gebiet eine Tätigkeit angeboten hatte. Ihnen wurde vorgeworfen, „arbeitsunwillig“ zu sein.²⁷

Der Aufforderung, Zwangsrekrutierungen durchzuführen, folgten die Verwaltungen der besetzten Gebiete in unterschiedlicher Form. Während aus Belgien ca. 60.000 Arbeitskräfte ins Reich deportiert wurden, wurden im GGW nur ca. 5.000 überwiegend männliche Personen zwangsrekrutiert. Diese wurden nicht ins Reich gebracht, sondern den Behörden in Ober Ost zur Verfügung gestellt. Ober Ost selbst nahm weit umfangreichere Zwangsrekrutierungen vor. Hier wurden mehrere zehntausend Menschen im gesamten Verwaltungsgebiet herangezogen und in Arbeiterkolonnen und Zivilarbeiterbataillonen eingesetzt. Erstere waren bereits Anfang 1916 gebildet worden, um Arbeitskräfte auch außerhalb ihres Wohnortes verfügbar zu machen. Damit sollte ermöglicht werden, Tätigkeiten in Gegenden durchzuführen, die dünn besiedelt waren oder für die sich keine freien Arbeitskräfte finden ließen. Die im Herbst 1916 gebildeten Zivilarbeiterbataillone entwickelten diesen Gedanken weiter: In diesen Einheiten sollten Zwangsarbeiter nicht nur wie bisher temporär, sondern dauerhaft eingesetzt werden.²⁸ Insbesondere die Beschäftigung in den Zivilarbeiterbataillonen

²⁷ BAB, R 3001, Nr. 7764. Generalquartiermeister, Verordnung betreffend die Einschränkung der öffentlichen Unterstützungslasten und die Beseitigung allgemeiner Notstände, 3.10.1916.

²⁸ CHRISTIAN WESTERHOFF, Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg? Rekrutierung von Arbeitskräften aus Polen und dem Baltikum für die deutsche Kriegswirtschaft 1914–1918, in: Interesse und Konflikt. Zur politischen Ökonomie der deutsch-polnischen Beziehungen, hg. v. DIETER BINGEN u. a., Wiesbaden 2008, S. 143–160, hier S. 147–154.

muss als ‚schwere Zwangsarbeit‘ bezeichnet werden, da diese Menschen sehr widrigen Lebensbedingungen ausgesetzt waren und viele schwere physische und psychische Schäden davontrugen.

Die jüdische Bevölkerung war sowohl im GGW als auch in Ober Ost von diesen Zwangsmaßnahmen betroffen, allerdings unterschiedlich stark. In Ober Ost wurden grundsätzlich Menschen aus allen Bevölkerungsgruppen, also Litauer, Letten, Polen, Weißrussen und Juden zwangsrekrutiert und zur Arbeit abkommandiert. Die jüdische Bevölkerung stellte allerdings einen überproportional großen Anteil der Zwangsarbeiter.²⁹ Bei den im GGW, insbesondere im Raum Lodz, zwangsrekrutierten 5.000 Personen handelte es sich hingegen fast ausschließlich um jüdische Männer.³⁰ Wie ist dies zu erklären?

In Ober Ost war die hohe Arbeitslosigkeit unter der jüdischen Bevölkerung ein Grund dafür, dass sie überproportional von den Zwangsrekrutierungen betroffen war, denn diese Maßnahmen zielten explizit auf Arbeitslose ab.³¹ Es sind jedoch auch antisemitische Äußerungen, insbesondere der Vorwurf der „Entwöhnung von der Arbeit“,³² bei Verwaltungsbeamten anzutreffen. Welcher Faktor letztlich ausschlaggebend war, lässt sich anhand der spärlichen Quellen allerdings nicht feststellen.

Auch im GGW dürfte die hohe Arbeitslosigkeit unter der jüdischen Bevölkerung eine große Rolle gespielt haben. Eine Aussage von Generalgouverneur Beseler deutet jedoch darauf hin, dass die jüdische Bevölkerung deshalb in besonderem Maße betroffen war, weil es sich bei ihr um eine Minderheit handelte, auf die Beseler glaubte, wenig Rücksicht nehmen zu müssen. Beseler, die Reichsleitung und auch die österreich-ungarische Regierung planten, einen eigenständigen polnischen Staat auszurufen in der Hoffnung, dass Teile der polnischen Bevölkerung im GGW bereit sein würden, auf Seiten der Mittelmächte am Krieg gegen das Zarenreich teilzunehmen. Beseler wollte daher die polnische Bevölkerung nicht durch Rekrutierungen von Zwangsarbeitern verstimmen. Sein Ziel war es, sie möglichst davon zu verschonen und sich stattdessen auf die Juden zu konzentrieren, die in den Überlegungen zur Aufstellung polnischer Armee-

²⁹ SZAJKOWSKI, *Jewish Workers*, S. 896, 902 f.; STRAZHAS, *Ostpolitik*, S. 71, 207; GStA, Rep. 84A, Nr. 6211. VB der Militärverwaltung Bialystok-Grodno für die Zeit 1.10.1916–1.4.1917.

³⁰ GStA, Rep. 84A, Nr. 6210. 6. Vierteljahrsbericht des Verwaltungschefs bei dem GGW für die Zeit 1.10.1916–31.12.1916.

³¹ SZAJKOWSKI, *Jewish Workers*, S. 902, 906.

³² BAK, N 238, Nr. 8. Leutnant Morsbach, Bürgermeister von Schaulen, 27.9.1916.

einheiten keine Rolle spielten.³³ Dass sich unter den Zwangsrekrutierten im GGW fast ausschließlich Juden befanden, hatte also weniger mit antisemitischen Beweggründen, als vielmehr mit rücksichtslosem Machtkalkül zu tun.

Kritik und Abbruch der Zwangsmaßnahmen 1916–1918

Während die Zwangsrekrutierungen im GGW schon bald wieder beendet wurden, hielten sie in Ober Ost praktisch bis zum Ende der deutschen Besatzung im Herbst 1918 an. Ein Grund für dieses unterschiedliche Vorgehen war die Proklamation eines polnischen Staates durch die deutsche und österreich-ungarische Regierung am 5. November 1916. Die Zwangsrekrutierungen hatten zu weit mehr Unmut in der polnischen Bevölkerung geführt, als von Beseler angenommen hatte. Sie drohten, sich negativ auf die Werbung polnischer Soldaten auszuwirken und wurden daher bald eingestellt.³⁴

Auch die Zwangsmaßnahmen in Ober Ost riefen vor Ort, in Deutschland und im Ausland Kritik hervor. Die uneingeschränkt herrschende Militärverwaltung ließ sich hiervon jedoch nicht beeindrucken. Sie glaubte, auf die Stimmung aller Bevölkerungsgruppen in Ober Ost keine Rücksicht nehmen zu müssen, da sie diese für faul und unmündig hielt und zunächst nicht vorhatte, parallel zu einem polnischen einen litauischen Staat auszurufen. Große Teile der Militärverwaltung konnten sich zudem nicht vorstellen, die geplanten und vielfach unattraktiven Arbeiten auch ohne Zwang durchzuführen.³⁵ Als dann im Herbst 1917 ein litauischer Landesrat eingerichtet wurde, wurden die Zivilarbeiterbataillone zwar offiziell aufgelöst,³⁶ Zwangsarbeiterformationen bestanden aber unter anderem Namen und nur leicht veränderten Bedingungen bis zum Kriegsende fort.³⁷

Es gab jedoch noch einen weiteren Grund für die Einstellung der Zwangsmaßnahmen im GGW: Jüdische Personen und Organisationen aus

³³ BAK, KLE 710, Nr. 5, Bl. 69. WOLFGANG VON KRIES, *Deutsche Polenpolitik im Weltkriege* [1937].

³⁴ BAB, R 1501, Nr. 119798. Verwaltungschef beim GGW, Kries, an den Staatssekretär des Innern, 13.12.1916; WERNER CONZE, *Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg*, Köln / Graz 1958, S. 134 f.

³⁵ Latvijas Vēstures Valsts Arhīvs, Riga (Historisches Staatsarchiv Lettlands), 6428-1-37. Besprechung über Arbeiterfragen, 17.12.1917; GStA, Rep. 84A, Nr. 6210. VB Litauen, 1.7.1916–30.9.1916; BAMA, PHD 23, Nr. 49. Zwischenbericht Litauen, 1.10.1916–31.12.1916.

³⁶ RUDOLF HÄPKE, *Die deutsche Verwaltung in Litauen, 1915-1918*, Berlin 1921, S. 82.

³⁷ BERGER, *Ostjüdische Arbeiter*, S. 834 f.

Deutschland setzten sich für ein Ende der dortigen Zwangsrekrutierungen und Zwangsarbeit ein.³⁸ Hier tat sich insbesondere Julius Berger, Sekretär im Zionistischen Zentralbüro, hervor.³⁹ Berger schlug dem Kriegsamt und der Deutschen Arbeiterzentrale vor, die Zwangsrekrutierungen und die Zwangsarbeit in den besetzten Gebieten durch eine systematische Vermittlung jüdischer Beschäftigte nach Deutschland zu ersetzen, die von deutschen Juden organisiert werden sollte. Dadurch sollte nicht nur die Situation der jüdischen Arbeitskräfte verbessert, sondern auch eine gezieltere Vermittlung und effektivere Beschäftigung erreicht werden. Ende 1916 konnte Berger erste Erfolge verbuchen: Die Deutsche Arbeiterzentrale genehmigte ihm die Einrichtung einer jüdischen Abteilung in Warschau, die von nun an allein für die Vermittlung von Juden zuständig sein sollte. In zahlreichen Fällen gelang es Berger als Leiter dieser Abteilung in der Folgezeit, die Situation der jüdischen Arbeitskräfte zu verbessern.

Während die Zwangsrekrutierungen im GGW noch 1916 eingestellt wurden, war in Ober Ost weiterhin Zwangsarbeit in den Zivilarbeiterbataillonen zu leisten. Berger versuchte daher, eine Auflösung der Zivilarbeiterbataillone zu erreichen, in denen die schlimmsten Zustände herrschten: Mangelnde Ernährung, Bekleidung, Unterkunft und Hygiene sowie die Tatsache, dass wahllos auch Alte und Kranke zwangsrekrutiert worden waren, führten dazu, dass Krankheiten um sich griffen und es sogar vermehrt zu Todesfällen kam.⁴⁰ Arnold Zweig nannte die Zivilarbeiterbataillone in Ober Ost daher „eine Art Sibirien mitten im Lande“.⁴¹ Gleichzeitig war die in den Zivilarbeiterbataillonen erbrachte Leistung sehr gering und stand in keinem Verhältnis zu dem Aufwand und den Kosten. Ursache hierfür waren zum einen die überhastete Aufstellung der Bataillone und der Gedanke, dass Zivilarbeiterbataillone gleichzeitig auch abschreckend wirken und zur freiwilligen Arbeitsaufnahme animieren sollten. Zum anderen bot die Zwangsarbeit keinen Anreiz für die Betroffenen, besonders viel zu leisten.⁴²

Eine generelle Auflösung der Zivilarbeiterbataillone in Ober Ost konnte Berger nicht erreichen. Immerhin wurden aber im Laufe des Jahres 1917 die 5.000 überwiegend jüdischen Beschäftigten, die im Herbst 1916 vor allem im Raum Lodz zwangsrekrutiert, nach Ober Ost gebracht und dort in

³⁸ OLTMER, Weimarer Republik, S. 234.

³⁹ Zu Bergers Tätigkeit siehe BERGER, Ostjüdische Arbeiter; HEID, Maloche, S. 85-122.

⁴⁰ BERGER, Ostjüdische Arbeiter, S. 834-836; MIECZYSLAW HERTZ, Łódzki Bataljon Robotniczy, ZAB 23, Łódź 1918.

⁴¹ ARNOLD ZWEIF, Das ostjüdische Antlitz, Berlin 1922, S. 7.

⁴² HÄPKE, Litauen, S. 81 f.; BERGER, Ostjüdische Arbeiter, S. 835.

einem Zivilarbeiterbataillon beim Eisenbahnbau eingesetzt worden waren, nach Hause entlassen.⁴³

Im April 1918 erfuhren Bergers Bemühungen um eine Besserung der Lage der jüdischen Bevölkerung einen herben Rückschlag: Das preußische Innenministerium verhängte eine vollständige Schließung der Grenze für osteuropäische Juden. Begründet wurde diese Grenzsperrre, der sich die anderen deutschen Staaten anschlossen, mit der vorgeschobenen Erklärung, dass die osteuropäischen Juden Überträger des Fleckfiebers seien, dessen Ausbreitung in Deutschland verhindert werden solle. Tatsächlich handelte es sich um eine Übernahme von Positionen antisemitischer Kreise. Die Vertreter eines sich im Laufe des Kriegs immer mehr um sich greifenden Antisemitismus hatten sich gegen die Vertreter der Bedürfnisse der Kriegswirtschaft durchgesetzt; so fand die Vermittlung jüdischer Arbeitskräfte nach Deutschland Anfang 1918 ein Ende.⁴⁴

Fazit und Ausblick

Die Arbeitsverhältnisse der jüdischen Bevölkerung im besetzten Polen und Litauen während des Ersten Weltkriegs waren sehr unterschiedlich. Neben freier Arbeit gab es ‚moderate‘ Zwangsarbeit in Deutschland und in den besetzten Gebieten, die sich vor allem dadurch auszeichnete, dass Juden das Arbeitsverhältnis nicht beenden konnten. Sie waren in der Regel nicht in Lagern untergebracht und ihre Versorgungslage war relativ gut. Daneben gab es seit dem Herbst 1916 die ‚schwere‘ Zwangsarbeit in den Zivilarbeiterbataillonen, die mit ihrer großen Unfreiheit und den schlechten Lebensbedingungen an die Zwangsarbeit während des Zweiten Weltkriegs erinnert. Dies machte allerdings nur einen kleinen Teil der Beschäftigungsverhältnisse aus. Generell ist festzustellen, dass die Zwangsarbeit in den Jahren 1914 bis 1918 einen wesentlich geringeren Umfang hatte als diejenige in der Zeit von 1939 bis 1945.

Die jüdische Bevölkerung war infolge des Kriegs und der deutschen Besatzung nach 1914 in eine sehr schwierige wirtschaftliche und soziale Lage geraten und daher vielfach auf eine Arbeit in deutschen Diensten angewiesen. Ihr blieben jedoch im Vergleich zum Zweiten Weltkrieg gewisse Handlungsspielräume: Eine Arbeitsaufnahme in Deutschland

⁴³ BERGER, Ostjüdische Arbeiter, S. 834-838, 870 f.; HEID, Maloche, S. 90-122.

⁴⁴ TRUDE MAURER, Medizinalpolizei und Antisemitismus. Die deutsche Politik der Grenzsperrre gegen Ostjuden im Ersten Weltkrieg, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 33 (1985), S. 205-230, hier S. 209 f.; OLTMER, Weimarer Republik, S. 235-237; ZECHLIN, Die deutsche Politik, S. 267-274.

erfolgte in der Regel auf freiwilliger Basis – wenn die Alternative auch vielfach Hunger hieß. Außerdem konnten die Juden sich an ihrem Wohnort frei bewegen und waren nicht wie im Zweiten Weltkrieg in Ghettos eingeschlossen.

Bei der Heranziehung zur Zwangsarbeit griffen die deutschen Besatzungsbehörden sowohl im GGW als auch in Ober Ost stärker auf die jüdische Bevölkerung zurück als auf andere Bevölkerungsgruppen. Bei den ca. 5.000 Zwangsrekrutierten im GGW handelte es sich sogar fast ausschließlich um Juden. Gerade hierfür waren jedoch nicht antisemitische Beweggründe, sondern die hohe Arbeitslosigkeit unter der jüdischen Bevölkerung und insbesondere politisches Kalkül verantwortlich. In Ober Ost galt offiziell der Grundsatz, alle Bevölkerungsgruppen gleich zu behandeln. Gleichwohl sind antisemitische Äußerungen von Mitgliedern der Verwaltung überliefert. Ob dieser Antisemitismus oder aber die Arbeitslosigkeit letztlich ausschlaggebend für die überproportionale Heranziehung von Juden zur Zwangsarbeit war, lässt sich aufgrund der dünnen Quellenlage nicht mit Bestimmtheit sagen.

Eindeutig antisemitisch motiviert war die Grenzsperr für osteuropäische Juden, die das preußische Ministerium des Innern im April 1918 verhängte. Diese Maßnahme führte allerdings nicht nur dazu, dass der Not leidenden jüdischen Bevölkerung eine Erwerbsquelle verloren ging. Sie verhinderte gewissermaßen auch Zwangsarbeit, da es sich bei der Beschäftigung in Deutschland aufgrund des Rückkehrverbots um ‚moderate‘ Zwangsarbeit handelte, die nun nicht weiter ausgebaut werden konnte.

Die Situation der jüdischen Bevölkerung unterschied sich damit wesentlich von derjenigen während des Zweiten Weltkriegs. Zwar sticht ins Auge, dass die Juden im besetzten Polen und Litauen bereits während des Ersten Weltkriegs in besonderem Maße von Zwangsarbeit betroffen war. Auch sind bei den Behörden an verschiedenen Stellen antisemitische Einstellungen festzustellen. Dieser Antisemitismus war jedoch nicht Teil einer rassistischen Staatsideologie, und er führte auch nicht automatisch zur Zwangsarbeit. Eine rassenideologisch begründete allgemeine Pflicht zur Zwangsarbeit, wie sie in Polen 1939 für die jüdische Bevölkerung eingeführt wurde, gab es in den Jahren 1914 bis 1918 nicht.

Im Unterschied zum Zweiten Weltkrieg war die Zwangsarbeit während des ‚Großen Kriegs‘ nicht überall eine dauerhafte Erscheinung und die Entscheidung zu ihrer Durchführung war nicht allerorts unumstößlich. Im GGW stellte die dortige Zivilverwaltung die Zwangsrekrutierungen noch im Jahr 1916 wieder ein. Dies weist darauf hin, dass es im Gegensatz zum Zweiten Weltkrieg politische und gesellschaftliche Akteure gab, die Kritik an den Maßnahmen äußern und zumindest in Russisch-Polen auch auf ihre Beendigung hinwirken konnten. Auch deutsche Juden wie Julius Berger

konnten zumindest zeitweise Besserungen für die jüdischen Arbeitskräfte erwirken. Eine solche Fürsprache war unter der nationalsozialistischen Herrschaft undenkbar.

Im Gegensatz zur Zivilverwaltung im GGW hielt die Militärverwaltung in Ober Ost bis zum Ende der deutschen Besatzung im November 1918 an Zwangsarbeiterformationen in Form von Zivilarbeiterbataillonen fest. Die Kritik im In- und Ausland – die allerdings nicht annähernd das Ausmaß erreichte wie die Verurteilung der Deportationen aus Belgien – konnte hier wenig ausrichten. Selbst die miserable wirtschaftliche Bilanz der Zivilarbeiterbataillone ließ die Militärverwaltung nicht von der ‚schweren‘ Zwangsarbeit abrücken.

Schließlich stellt sich die Frage, inwieweit die Rekrutierung und Beschäftigung von Juden während des Ersten Weltkriegs als ein Erfahrungshintergrund für die Arbeitskräftepolitik in Polen und Litauen während des Zweiten Weltkriegs gelten kann. Wie gezeigt wurde, wies die deutsche Arbeitskräftepolitik in beiden Weltkriegen erhebliche Unterschiede auf. Viele bestimmende Faktoren während der zweiten deutschen Besatzung sind auf Eigenheiten der nationalsozialistischen Herrschaft zurückzuführen wie z. B. die Rassenideologie. Dennoch ist nicht auszuschließen, dass das nationalsozialistische Regime ‚Lehren‘ aus dem Ersten Weltkrieg zog. Obwohl Ulrich Herbert die Zwangsarbeit während des Ersten Weltkriegs bereits 1984 als ‚Probelauf‘ bezeichnet hat,⁴⁵ wirft die Forschung an dieser Stelle noch immer viele offene Fragen auf,⁴⁶ weil diese These nie eingehend überprüft wurde. Eine umfassende Überprüfung kann auch an dieser Stelle nicht erfolgen, da dies den Rahmen der vorliegenden Untersuchung sprengen würde. Es können lediglich einige Hinweise gegeben werden.

Die Einführung der Zwangsarbeit während des Ersten Weltkriegs schuf einen Präzedenzfall. Sie hatte sich vielfach als unproduktiv erwiesen und zu harscher Kritik im In- und Ausland geführt. In der Zwischenkriegszeit wurden die Verantwortlichen jedoch nicht verurteilt,⁴⁷ sondern es setzte sich die Vorstellung durch, dass es sich bei den Zwangsmaßnahmen um Kriegsnotwendigkeiten gehandelt habe.⁴⁸ Dies öffnete die Tür für ein

⁴⁵ ULRICH HERBERT, Zwangsarbeit als Lernprozeß. Zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter in der westdeutschen Industrie im Ersten Weltkrieg, in: AfS 24 (1984), S. 285-304, bes. S. 304.

⁴⁶ Für einen aktuellen Überblick siehe Nationalsozialismus und Erster Weltkrieg, hg. v. GERD KRUMEICH, Essen 2010.

⁴⁷ GERD HANKEL, Die Leipziger Prozesse. Deutsche Kriegsverbrechen und ihre strafrechtliche Verfolgung nach dem Ersten Weltkrieg, Hamburg 2003, S. 380-393.

⁴⁸ JENS THIEL, „Menschenbassin Belgien“. Anwerbung, Deportation und Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg, Essen 2007, S. 302 f., 317 f.

ähnliches Vorgehen in der Zukunft, zumal sich gezeigt hatte, dass die Zwangsrekrutierungen im besetzten Polen und Litauen weit weniger internationalen Protest hervorgerufen hatten als diejenigen an der Westfront.

Vejas Gabriel Liulevicius weist in seinem Buch ‚Kriegsland im Osten‘ noch auf ein weiteres ‚Erbe‘ der Besatzererfahrung in Ober Ost hin: Viele Deutsche hielten die Bevölkerung Osteuropas für chaotisch, unrein und faul und waren der Überzeugung, dass ein strenges Regiment notwendig sei, um dort für Ordnung zu sorgen.⁴⁹ Aufbauend auf seinen Erfahrungen in Ober Ost propagierte Ludendorff in der Zwischenkriegszeit den ‚totalen Krieg‘: Eine zukünftige deutsche Führung solle – wie die Militärverwaltung Ober Ost – rücksichtslos alle menschlichen und materiellen Ressourcen in den Dienst der Kriegsführung stellen. Jegliche Opposition müsse von vornherein ausgeschaltet werden.⁵⁰ Diese Ideen fanden in rechten Kreisen weite Verbreitung⁵¹ und wurden auch von Hitler begierig aufgenommen.⁵²

Einen grundlegenden Bruch zwischen beiden Weltkriegen bildet jedoch die wesentlich größere Gewaltbereitschaft und Brutalität der deutschen Besatzer, die sich kaum aus dem Ersten Weltkrieg ableiten lässt. Auch der rassenideologische, mörderische Antisemitismus, der die Arbeitsverhältnisse der jüdischen Bevölkerung im besetzten Osteuropa während des Zweiten Weltkriegs ganz wesentlich bestimmte, lässt sich nur schwer aus den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs erklären. Antisemitische Argumente standen 1914 bis 1918 vielfach im Gegensatz zu kriegswirtschaftlichen

⁴⁹ LIULEVICIUS, *Kriegsland*, bes. S. 301–336. Siehe auch MATTHÄUS, *Vorboten des Holocaust?*, S. 50.

⁵⁰ ERICH LUDENDORFF, *Meine Kriegserinnerungen 1914–1918*, Berlin 1919; DERS., *Kriegführung und Politik*, Berlin 1922; DERS., *Der totale Krieg*, München 1935; DERS., *Vom Feldherrn zum Weltrevolutionär und Wegbereiter deutscher Volksschöpfung*, Bd. 3: *Meine Lebenserinnerungen von 1933–1937*, hg. v. FRANZ FREIHERR KARG VON BEBENBURG, Pähl 1955, S. 129 f.

⁵¹ Erste Ansätze für eine Wirkungsgeschichte von Ludendorffs Ideen finden sich bei Chickering, der jedoch nicht auf die Arbeitskräftepolitik eingeht: ROGER CHICKERING, *Sore Loser. Ludendorff's Total War*, in: *The Shadows of Total War. Europe, East Asia and the United States, 1919–1939*, hg. v. DEMS. / STIG FÖRSTER, Cambridge 2003, S. 151–178. Zur Verbreitung des skizzieren Ideenguts siehe z. B. MARKUS PÖHLMANN, *Von Versailles nach Armageddon: Totalisierungserfahrung und Kriegserwartung in deutschen Militärzeitschriften*, in: *An der Schwelle zum Totalen Krieg. Die militärische Debatte über den Krieg der Zukunft 1919–1939*, hg. v. STIG FÖRSTER, Paderborn 2002, S. 346–351, 372–378.

⁵² Siehe z. B. EBERHARD DEMM, *Das deutsche Besatzungsregime in Litauen im Ersten Weltkrieg – Generalprobe für Hitlers Ostfeldzug und Versuchslabor des totalitären Staates*, in: *ZfO* 51 (2002), S. 64–74, hier S. 70–74; BUNO THOSS, *Der Ludendorff-Kreis 1919–1923. München als Zentrum der mitteleuropäischen Gegenrevolution zwischen Revolution und Hitler-Putsch*, München 1976, S. 249–262.

Erwägungen und wurden diesen daher häufig untergeordnet. Erst die zunehmende Krise der deutschen Kriegsführung und insbesondere die Niederlage im Herbst 1918 führten zu einem massiven Auftrieb des Antisemitismus und zu seiner Radikalisierung.⁵³ Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass der Erste Weltkrieg eher einen mittelbaren, indirekten „Hintergrund an Erfahrungen“⁵⁴ und Deutungen bildete, als dass es zu direkten Lernprozessen und Kontinuitätslinien kam – schon allein deswegen nicht, weil es kaum personelle Kontinuitäten in den Besatzungsverwaltungen im Ersten und Zweiten Weltkrieg gab.⁵⁵

⁵³ MATTHÄUS, *German Judenpolitik*, S. 174.

⁵⁴ Zwangsarbeit im Bergwerk. Der Arbeitseinsatz im Kohlenbergbau des Deutschen Reiches und der besetzten Gebiete im Ersten und Zweiten Weltkrieg, 2 Bde., hg. v. KLAUS TENFELDE / HANS-CHRISTOPH SEIDEL, Essen 2005, S. 85.

⁵⁵ Bewerber, die sich mit ihrer Erfahrung aus Ober Ost empfahlen, wurden beim Überfall auf die Sowjetunion sogar größtenteils abgelehnt: BERNHARD CHIARI, *Geschichte als Gewalttat. Weißrußland als Kind zweier Weltkriege*, in: *Erster Weltkrieg, Zweiter Weltkrieg – ein Vergleich. Krieg, Kriegserlebnis, Kriegserfahrung in Deutschland*, hg. v. BRUNO THOSS / HANS-ERICH VOLKMANN, Paderborn 2002, S. 615-631, hier S. 627. Die Deutsche Arbeiterzentrale wiederum, die während des Ersten Weltkriegs eine zentrale Rolle bei der Rekrutierung von Arbeitskräften in den besetzten Gebieten gespielt hatte, wurde im Zuge der Verstaatlichung und Zentralisierung der Arbeitskräftepolitik schrittweise zwischen 1933 und 1935 aufgelöst.